

## **6. Parlamentarische Initiative von Hanspeter Heeb, Jorim Schäfer vom 5. Juli 2023 "Erleichterter Zugang zu Privatschulen" (20/PI 11/536)**

### **Vorläufige Unterstützung**

**Präsident:** Die Stellungnahme des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Darin macht der Regierungsrat nicht geltend, dass sich der Vorstoss auf einen Gegenstand bezieht, der schon als Ratsgeschäft anhängig ist oder dass der Gegenstand vom Regierungsrat als Vorlage vorbereitet und innerhalb des nächsten halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

Deshalb muss der Grosse Rat nun darüber entscheiden, ob er die Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen möchte. Das Wort haben zuerst die Initianten, vertreten durch den Fraktionspräsidenten.

**Fisch, GLP:** Wie angekündigt werden wir die Parlamentarische Initiative zurückziehen. So unnötig der Vorstoss davor war, so schlecht war der Stil des Rückzugs. Wir haben das anders gemacht. Wir haben die Ratsmitglieder vorzeitig informiert, so dass sie sich nicht vorbereiten mussten auf dieses Geschäft. Ich spreche im Namen der Initianten Hanspeter Heeb, der mittlerweile aus dem Grossen Rat zurückgetreten ist, und Jorim Schäfer, der heute beruflich abwesend ist. Die Antwort des Regierungsrates ist vor allem in einem Punkt deutlich. Nämlich, dass diese Parlamentarische Initiative gegen das Steuerharmonisierungsgesetz (StHG) verstösst und daher bundesrechtswidrig ist. Dies wurde von den Vorstössern zu wenig durchdacht. Allerdings scheint der Kanton St. Gallen doch einen Weg gefunden zu haben, denn dort ist die private Beschulung bis zu einem Betrag von 13'000 Franken abziehbar. Das heisst für uns, dass bei diesem Vorstoss der falsche Weg gewählt wurde, dass das Anliegen aber durchaus berechtigt und scheinbar auch umsetzbar ist. Wir behalten uns deshalb nach vertiefteren Abklärungen vor, später und möglicherweise auf einem anderen Weg das Anliegen wieder aufzugreifen. Im Namen der Initianten **ziehe** ich die Parlamentarische Initiative **zurück**.

**Präsident:** Die Initianten erklären den Rückzug ihrer Parlamentarischen Initiative. Ich frage die Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner an, ob sie an der Parlamentarischen Initiative festhalten wollen. Das ist nicht der Fall. Das Geschäft ist somit erledigt.